



Deutscher Gewerkschaftsbund  
**Wiesbaden**  
Rheingau-Taunus



## **Pressemitteilung des „DGB Wiesbaden-Rheingau-Taunus“ und der Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ zur Liegenschaftspolitik und zur Eindämmung von Wohnkosten in Wiesbaden**

### **Guter Anfang und viele offene Fragen**

Der „DGB Wiesbaden-Rheingau-Taunus“ und die Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ (GhV) haben zur zunehmend drängenden Boden- und Wohnungsfrage in Wiesbaden wiederholt verdeutlicht, welche Handlungsgrundsätze befolgt, welche konkreten Maßnahmen ergriffen und welche unkonventionellen Ideen erprobt werden sollten, um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Wiesbaden gezielt entgegen zu wirken. Wir haben aufgezeigt, wie eins ins andere greifen muss, um in der Landeshauptstadt eine wirksame Verbesserung zu erreichen: Angefangen bei einer sozialen und ökologischen Neuordnung der kommunalen Liegenschaftspolitik über die deutliche Anhebung des Anteils geförderter Wohnungen bei größeren Neubauvorhaben, über die Einrichtung eines Leerstandskatasters und den Aufbau von Wohnungstauschbörsen.

„Bauen, bauen, bauen“, die von CDU und Bauwirtschaft ausgerufene, gebetsmühlenartige Wiederholung eines einfachen Tätigkeitswortes soll den Eindruck erwecken, es gäbe nichts Besseres als Neubau um eine angemessene Wohnraumversorgung zu erreichen.

Wir weisen demgegenüber darauf hin: Ohne öffentliche Vorgaben zum Was, Wie, Wo und zur Trägerschaft des Neubaus sind großflächige ökologische Flurschäden und neue soziale Schieflagen vorprogrammiert.

Die Stadtverordnetenfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt übernahmen viele unserer zentralen Forderungen und beschlossen im Mai 2021 den wegweisenden Antrag „Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Entlastungen für Mieter und Mieterinnen ermöglichen“ (21-F-63-0001).

Nach Konstituierung ihrer Vierer-Kooperation im Juli 2022 legten sie im Mai 2023 nach und erreichten die Annahme (Beschluss Nr. 0220) ihres gemeinsamen Antrags „Nachhaltiger und leistbarer Wohnungsbau...“ (23-F-63-0076).

Dazu der DGB-Vorsitzende Sascha Schmidt: „DGB und GhV sind nicht Statler und Waldorf aus der Muppets Show, die nur meckern und nichts

anerkennen. Dass die vier Fraktionen Forderungen und Anregungen aus der Mitte der Gesellschaft aufgreifen, sich ohne Substanzverlust zu eigen machen und in Selbstverpflichtungen der Stadtpolitik ummünzen, ist nachdrücklich zu begrüßen.“

Hans-Georg Heinscher von „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ ergänzt:  
„Sachgerechte politische Vorhaben, Zielsetzungen und Maßnahmen-Konzepte sind wichtig. Die erklärten Absichten dürfen aber nicht zum Ersatz von folgerichtigem Handeln werden, sonst nimmt jede Demokratie ernsthaften Schaden. Auf das Tun – auf gutes Handwerk und konsequente Umsetzung — kommt es letztlich an. Da bewegt sich wirklich einiges in die richtige Richtung, beispielsweise beim GWW-Konversionsprojekt „Kastel-Housing“. Auch mit einem höheren Anteil von sozial geförderten Wohnungen bei größeren Bauvorhaben geht es voran.“

Offene Fragen aber bleiben, beispielsweise in Hinsicht auf das beschlossene Leerstandskataster, die Wohnungstauschbörsen oder den Erhalt und Erwerb von Sozialbindungen.

Sascha Schmidt: „Warum tut sich da bisher zu wenig? Maßnahmen ohne Klima-Belastungen, ohne Flächenverbrauch und mit der Chance auf eine nachhaltige Stabilisierung und Wiederbelebung gewachsener Sozialmilieus gibt es nicht zum Nulltarif. Wer will, dass aus Überlegungen etwas Handfestes wird, muss Geld in die Hand nehmen, Personal einsetzen, Kompetenzen zuweisen.“

Hans-Georg Heinscher: „Von nichts kommt nichts! Zum Beispiel: Damit ein Wohnungstausch funktioniert, müssen nicht nur die Wohnungszuschnitte und die Mietkosten passen. Je besser und professioneller die (auch finanzielle) Unterstützung, umso wahrscheinlicher eine akzeptable Erfolgsquote. In der Wirklichkeit geht ernsthaftes Probieren über Studieren und Räsonieren!“

Unsere Erwartungen/Forderungen lauten:

- Verzicht auf den Verkauf stadteigener Flächen
- Ausübung des Vorkaufrechts
- Rückkauf privater Flächen
- Erwerb von Sozialbelegungen
- Fortführung der Konzeptvergaben und ein städtisch betreuter Wohnungstausch
- Dazu gehört ein entschiedener Klimaschutz

Für den DGB  
Sascha Schmidt

Für die BI  
Hans-Georg Heinscher